

Atomkraft bremst Windkraft

Die Laufzeitverlängerung führt dazu, dass sich die Versorger bei Offshoreprojekten zurückhalten. Andernfalls ruinieren sie ihre Bilanzen

BÄRBEL HÖHN

Sie sind so groß wie der Kölner Dom und sollen sich weit draußen auf dem Meer drehen. Rund 1600 dieser neuen Windenergieanlagen sind in Nord- und Ostsee geplant. In den nächsten Jahren sollen sie rund 15 Prozent des deutschen Strombedarfs abdecken.

Ob die 25 bisher genehmigten Offshorewindparks auch ans Netz gehen, steht und fällt allerdings mit der weiteren Rolle der Atomkraft beim Energiemix. Dieser Zusammenhang ist auf den ersten Blick nicht unbedingt ersichtlich, lässt sich aber dadurch erklären, dass die Atomkraftbetreiber Eon, RWE, EnBW und Vattenfall zugleich auch die Finger auf den Windparks vor der Küste haben. Rund 70 Prozent der geplanten Kapazitäten sind unter der Kontrolle der vier Quasimonopolisten. Und wenn man die Logik in diesen Konzernen richtig einschätzt, haben sie sich diese Ausbaurechte nur gesichert, damit ihnen keine lästigen Konkurrenten Marktanteile abjagen.

Bereits in der Vergangenheit wurde ersichtlich, dass die Versorger gern Alibianlagen eingeweiht haben, sich sonst aber zurückgehalten ha-

ben. Zwar haben sie sich die Planungsrechte für viele Meeresflächen gesichert, passiert ist dann aber wenig. Diese Einschätzung teilt auch die Bundesregierung: „Die genehmigten Projekte in Nord- und Ostsee, die von Eon und Vattenfall gekauft worden sind, machen seitdem keine großen Fortschritte mehr“, berichtet das Umweltministerium.

Überkapazitäten in Sicht

Gleiches gilt für RWE. Der Windpark Innogy Nordsee 1 sollte eigentlich 2010 in Betrieb gehen. Bis jetzt sind nicht einmal die Leitungen zum Abtransport der erzeugten Energie beantragt worden – und diese haben einen Vorlauf von zwei Jahren.

Nach der geplanten Verlängerung der AKW-Laufzeiten dürfte es für die Stromkonzerne noch weniger dringlich sein, ihre Offshorekapazitäten auszubauen, weil sie sich damit ihre Bilanzen ruinieren. Je nachdem, wie Schwarz-Gelb die Verlängerung ausgestaltet, dürften mit den Atomkraftwerken 20 bis 25 Prozent der deutschen Stromerzeugungskapazitäten am Netz bleiben. Zugleich drängen andere Potenziale in der gleichen Größenordnung auf den Markt: Eine Vielzahl von Kohlekraftwerken ist in Bau oder genehmigt; der Stromanteil dezentraler Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen soll von 12 auf 24 Prozent steigen; der Anteil der Erneuerbaren wird in der nächsten Dekade auch ohne Offshorewindparks kontinuierlich um 1 bis 1,5 Prozent pro

Jahr steigen. Damit steuern wir auch unter Berücksichtigung von in Ruhe gehenden Altkraftwerken auf große Überkapazitäten zu – vor allem wenn man die immensen Offshorevorhaben hinzurechnet.

Überkapazitäten führen in diesem Fall zu zwei wesentlichen Auswirkungen: Der Strompreis würde in den Keller gehen. Zudem würden durch einen starken Ausbau der Windkraft die großen Kohlekraftwerke von Eon, Vattenfall und RWE immer unwirtschaftlicher, weil ihnen die Betriebsstunden wegbrechen. Da die Stromkonzerne bisher nicht als altruistische Akteure aufgefallen sind, kann man davon ausgehen, dass sie bei Offshoreprojekten auf die Bremse treten werden.

Viele der 30 000 avisierten Arbeitsplätze wären durch einen stockenden Ausbau der Offshorekapazitäten gefährdet. In Städten wie Cuxhaven oder Bremerhaven haben Industrie und öffentliche Hand schon viele 100 Mio. € in den Ausbau von Häfen, Infrastruktur oder Werkshallen gesteckt. Investitionen drohen zu versickern, wenn die Offshorevorhaben der Versorger nur zeitversetzt oder gar nicht realisiert werden. Die Bundesregierung muss klarmachen, dass sie Verzögerungen nicht duldet – notfalls durch Entzug der Bau- und Planungsrechte. Dies sieht die Gesetzgebung ausdrücklich vor.

BÄRBEL HÖHN ist stellvertretende Fraktionschefin der Grünen im Bundestag.